

Baden-Württemberg in Europa!

*Unsere Thesen zu den
Europawahlen am 25. Mai 2014*

Thesen zur Europawahl

Die europäische Einigung steht im Inneren wie von außen vor neuen Herausforderungen. Es gilt, jetzt und bei der Europawahl am 25. Mai 2014 die Weichen richtig zu stellen, damit ein handlungsfähiges Europa die zentralen Probleme der Zukunft lösen kann.

Den Bürgerinnen und Bürgern muss der Nutzen Europas wieder deutlich werden. Deutschland hat wie kaum ein anderer Mitgliedstaat von der europäischen Integration profitiert. In besonderem Maße gilt das auch für unsere Heimat Baden-Württemberg, mit ihrem wettbewerbsfähigen Mittelstand, ihren leistungsstarken, großen Unternehmen und fleißigen Menschen. Kein anderes Bundesland erwirtschaftet einen so großen Teil seines Wohlstandes mit dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen ins Ausland: 50 Prozent der baden-württembergischen Exporte gehen heute in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Politische und wirtschaftliche Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie üben weiterhin eine große Anziehungskraft auf die Staaten der europäischen Nachbarschaft aus. Diese Attraktivität der Europäischen Union gilt es zu bewahren und neu zu beleben.

1. Gemeinsam sind wir stark: Wir wollen Europa zusammen halten. Unser christlich-jüdisches Erbe, die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und sozialer Frieden haben Europa stark gemacht. 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands ist die friedliche Partnerschaft der Länder Europas die größte Errungenschaft, die wir hegen und pflegen müssen. Wir wollen in dieser Verantwortung die künftige Rolle der EU in der Welt stärken, indem eine engere Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik angestrebt wird.

2. Weniger ist mehr: Subsidiarität ist ein grundlegendes Ordnungsprinzip für das heutige wie für das künftige Europa. Wir wollen, dass Europa sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Wir wollen, dass es für diese Kernaufgaben effizienter und durchsetzungsfähiger wird und die Umsetzung gemeinsam vereinbarter Maßnahmen wirkungsvoll kontrolliert. Wir wollen die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen europäischer und mitgliedstaatlicher Ebene prüfen. Wir wollen, dass die im Vertrag von Lissabon anerkannte kommunale Selbstverwaltung bei der EU-Gesetzgebung entsprechend geschützt wird.

3. Vielfalt statt Einheitsbrei: Christliche Werte, wissenschaftliche Erkenntnis und kulturelle Vielfalt prägen Europa. Dies wollen wir bewahren. Die Mitgliedstaaten sollen ihre eigenen Wege immer dort gehen können, wo die gemeinsamen Kernaufgaben Europas dem nicht entgegenstehen. Wir wollen, dass Bund und Länder die Umsetzung von EU-Richtlinien für einen Abbau von Bürokratie in Deutschland nutzen, statt mit eigenen, nationalen Vorschriften über die europäischen Forderungen hinauszugehen (1:1-Prinzip).

4. Solidarität nur gegen Solidität: Wir wollen Kurs halten in der Staatsschuldenkrise und lehnen eine Vergemeinschaftung von Schulden über Eurobonds ab. Wir wollen Solidarität an Reformen in den betroffenen Partnerstaaten knüpfen und fordern sie auf, EU-Mittel für Wachstum und Beschäftigung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu nutzen.

5. Wir wollen europäischen Mehrwert finanzieren: Mittel aus dem EU-Haushalt sollen stärker für grenzüberschreitende Maßnahmen, die Entwicklung Ländlicher Räume, den Ausbau europäischer Infrastrukturen, den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die Integration von Zuwanderern eingesetzt werden.

6. Mittelstand und Industrie im Binnenmarkt stärken: Unsere Jobmaschinen, der Mittelstand und das produzierende Gewerbe, sind die Herzkammern für unseren Wohlstand. Richtige Rahmenbedingungen im Binnenmarkt über die Umwelt- und Klimagesetzgebung bis zu internationalen Abkommen müssen diese Jobmaschine am Laufen halten. Gerade die Finanzkrise hat gezeigt, dass nur mit einem produzierenden Gewerbe eine dauerhaft gesunde Wirtschaftsstruktur gewährleistet ist. Die Duale Ausbildung und der Meisterbrief sind ein deutsches Erfolgsmodell und sind heute schon Vorbild für andere europäische Staaten.

7. Mehr Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung: Offene Grenzen brauchen verstärkte Zusammenarbeit. Dazu bekennen wir uns und fordern Erleichterungen im Datenaustausch zwischen Mitgliedstaaten und effiziente europäische Organisationen, die bei den Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus einfordern.

8. Freizügigkeit für Fachkräfte nutzen: Offene Grenzen für den Arbeitsmarkt nutzen. Wir sehen das „Europa der Chancen“ – Wir fordern offene Grenzen für Arbeitnehmer, Selbständige, Auszubildende und Studierende, die in Deutschland leben und arbeiten wollen. Wir fordern alle politischen Ebenen auf, den Missbrauch von Sozialleistungen innerhalb der EU zu verhindern. Wir wollen unsere europäischen Partner bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft unterstützen, damit Arbeitnehmer auch in ihrer Heimat gut leben können.

9. Unsere Ländlichen Räume sind attraktive Lebensräume. Damit das so bleibt, wollen wir das wirtschaftliche Potential auf dem Land gezielt unterstützen, um innovativer Wirtschaftsstandort zu bleiben und allen Alters- und Berufsgruppen weiterhin eine Perspektive zu geben. Potentiale unseres Ländlichen Raumes voll nutzen: Landwirte wollen weiterhin regionale, qualitativ-hochwertige Lebensmittel mit höchsten Standards produzieren. Dazu wollen wir ihnen verlässliche Rahmenbedingungen geben, aber keine unnötige Bürokratie anlasten.

10. Wir wollen die Zukunftsfähigkeit der EU durch gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in grenzüberschreitende Infrastruktur sichern.

11. Vertiefung vor Erweiterung: Wir wollen die Aufnahmefähigkeit der EU und die tatsächliche Beitrittsreife der Staaten als Kriterien für neue Beitritte. Die Europäische Nachbarschaftspolitik muss verstärkt dazu dienen, politische und wirtschaftliche Stabilität an den europäischen Außengrenzen

zu gewährleisten. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollten in Verhandlungen über eine neue enge und strategische Form der Zusammenarbeit überführt werden.

12. Schlanke Strukturen: Wir wollen weniger Kommissare mit klarerer Verantwortung.

13. Wir wollen das Europäische Parlament durch die Einführung eines Initiativrechts in seiner gesetzgeberischen Rolle weiter stärken.

14. Mehr Bürgernähe: Regionale Wahlkreise ab der Europawahl 2019 sollen die Bindung der Europaabgeordneten an ihre Region mit ihren Wählerinnen und Wählern stärken. Wir sprechen uns gleichzeitig für die im Vertrag von Lissabon vorgesehene Schaffung eines europaweit einheitlichen Wahlrechts aus.

15. Arbeitnehmerrechte: Wir fordern eine Europäische Union, die Arbeitnehmern europaweit gerechte und lebenswerte Arbeitsbedingungen garantiert. Die duale Berufsausbildung ist ein Modell für eine erfolgreiche Ausbildung, dessen Verbreitung wir fördern wollen.

16. Mitbestimmung: Wir wollen mehr Mitbestimmung in Europa. Die europäischen Betriebsräte haben sich bewährt. Die Weiterentwicklung des Gesellschaftsrechts in der Europäischen Union darf nicht zur Vermeidung oder Umgehung der Mitbestimmung führen. Die Rechtsform der Europäischen Aktiengesellschaft darf nicht missbräuchlich genutzt werden; Satzungs- und Verwaltungssitz dürfen nicht mit dem Ziel der Mitbestimmungsvermeidung getrennt werden.“

17. Europäische Flüchtlingspolitik: Die Europäische Union trägt als eine der führenden Wirtschaftsmächte der Welt auch globale Verantwortung. Das Schicksal der Flüchtlinge berührt das Wertefundament der Europäischen Union. Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention müssen wir Zuflucht gewähren.

18. Faire Handelspolitik: Die Europäische Union trägt auf Grund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung eine besondere Verantwortung für fairen Handel und für die Beachtung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards auch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Wir treten dafür ein, die Beachtung dieser Standards auch in Handelsabkommen, die die EU abschließt, zu verankern. Zudem sind die Voraussetzungen dafür zu verbessern, dass Konsumenten und öffentliche Hände verantwortungsvolle Kaufentscheidungen treffen können.